



Bundeswehr raus aus Afghanistan

NEIN zur Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr Von Lothar Bisky

„Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Spiegel der vergangenen Woche lesen wir über das Kommando Spezialkräfte, KSK, in Afghanistan. Ich zitiere: „Im Verteidigungsausschuss ... erfahren von den Abgründen gerade einmal ein paar Dutzend der insgesamt 613 Bundestagsabgeordneten, die schon bald über die Fortsetzung der Isaf und OEF-Mandate entscheiden müssen und damit auch über künftige Einsätze des KSK am Hindukusch. Sie werden die Entscheidung auf der Basis von viel Vertrauen und wenig Wissen treffen müssen.“

(Beifall bei der LINKEN)

Klar, Spiegel-Leser sollten eigentlich mehr wissen. Dennoch frage ich mich, ob ich genug weiß, um eine Entscheidung wissend fällen zu können, zumal ich nicht automatisch □ das werden Sie einsehen □ Vertrauen in die Regierung der Großen Koalition entwickeln kann. [...]

In der Beantwortung dieser Frage unterscheidet uns Folgendes grundlegend: Die Regierung meint, sie würde mithilfe des Militärs den Terrorismus bekämpfen können. Wir von der LINKEN sagen: Im Ergebnis des militärischen Engagements ist der Terrorismus nicht entscheidend geschwächt worden. Tatsächlich stärken militärische Aktionen häufig Hass, in dessen Gefolge wieder terroristische Aktionen wachsen. [...]

Meine Damen und Herren, die ISAF-Mission läuft aus dem Ruder. Wer die deutsche Beteiligung an dieser Mission fortsetzen will, unterstützt die militärische Eskalationsstrategie der NATO. Dazu sagen wir entschieden Nein;

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier (fraktionslos))

wir erwarten von der Regierung eine Exit-Strategie. [...]

Wer glaubt, dass die Beteiligung an ISAF und OEF auf die militärische Vorgehensweise der Verbündeten einen mäßigenden Einfluss hat, irrt. [...]

DIE LINKE fordert einen sofortigen Strategiewechsel. Damit stehen wir nicht allein. [...] Wir wollen weg von der militärischen Besetzung und hin zur ausschließlich zivilen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. [...] deshalb sagt DIE LINKE eindeutig Nein zur Verlängerung des Mandats.“

Die vollständige Rede ist nachlesbar unter: <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1389934431>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Kitaplätze statt Betreuungsgeld

von Diana Golze



Mit dem Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens hat die Bundesregierung am 11. Oktober den rechtlichen Rahmen für die Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung auf den Weg gebracht.

Das Gezeihe um diesen Gesetzentwurf und besonders um seine Entstehung konnte man in der Presse verfolgen. Verwunderlich an diesen Debatten, ob in der Presseöffentlichkeit oder in den Bundestagsdebatten, war immer wieder, dass die Tatsache, dass es in der Bundesrepublik nicht genügend Kinderbetreuungsplätze gibt, scheinbar völlig überraschend über das Land eingebrochen ist. Das es vor allem in den

westlichen Bundesländern keine ausreichende Versorgung gibt und dass es genau der Aufbau eines fehlenden oder mangelhaften Betreuungsnetzes schien in dieser Debatte oft keine Rolle zu spielen. Genau in dieser Tatsache aber wird das Grundproblem deutlich. Der Ausbau eines Betreuungsnetzes ist in den benachbarten europäischen Staaten in den 70-iger und 80-iger Jahren in Angriff genommen worden. Die Bundesrepublik hat diesen Schritt damals verschlafen. – vorschulischen Bildung und im Ausbau Ganztagsschulnetzes.

In jahrelanger Ignoranz dieser Situation haben sich die Bundesregierungen der vergangenen 16 Jahre nicht in der Lage gesehen, den Rechtsanspruch, der im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) für Kinder ab dem 3. Lebensjahr bereits enthalten ist, konsequent durchzusetzen. Das Abschieben der Verantwortlichkeit hat im vergangenen Jahr seinen Höhepunkt in der Föderalismusreform gefunden, durch die der Bund auch die letzten Zuständigkeiten abgegeben hat.

Das Ausmaß dieser Reform wird deutliche, wenn man sich die Begründung für die Schaffung dieses Sondervermögens ansieht. Die Bundesregierung musste über die Hintertür und viele Umwege erklären, aus welchen Grund sie sich an der Finanzierung der Ausbaus der Kinderbetreuung beteiligen kann, will und vor allem darf.

Neben der Kritik an der Ausführung und der Ausgestaltung dieses Gesetzes hat Die Linke auch ihre Forderungen nach

1. der Weiterentwicklung des Finanzkonzeptes des Ausbaus der Betreuungsplätze für Unter- Dreijährige mit den Ländern und den Kommunen, die zum Ziel hat, dass die Länder und Kommunen diesen Ausbau auch bewältigen können;
2. der Ausweitung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für alle unter dreijährigen Kinder, der ab 2010 zu einem uneingeschränkten Ganztagsanspruch weiterentwickelt wird;
3. einem Anspruch, der unabhängig von dem sozialen Status der Eltern ist;
4. der Absicherung der längerfristigen Betriebskosten für dieses Kinderbetreuungsnetz und einer Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung, die verbesserte Betreuungsschlüssel zwischen Kindern und Kindern gewährleiste soll in einem eigenen Antrag zum Ausdruck gebracht.

Die Rede kann nachgelesen werden unter:

http://www.linksfraktion.de/mdb_golze_reden.php

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de>

Politische Schleichwerbung der Bundesregierung - vom 5.10.07

Keine Internet-Zensur durch Europäische Kommission - vom 26.9.07

http://www.linksfraktion.de/mdb_bisky_pressemitteilungen.php

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>

Solidarität sieht anders aus - vom 26.9.07

Klimaschutz - Kanzlerin muss handeln statt reden - vom 25.9.07

http://www.linksfraktion.de/mdb_enkelmann_pressemitteilungen.php

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>

Kinderzuschlag - eine unendliche Geschichte? - vom 10.10.07

Bundesregierung verschläft Qualifizierung von Kita-Fachkräften - vom 9.10.07

Familienatlas entlarvt Familienpolitik - vom 4.10.07

Koalitionsgerangel um Kinderzuschlag macht Kinderarmut zum Dauerzustand - vom 3.10.07

http://www.linksfraktion.de/mdb_golze_pressemitteilungen.php

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/

Das Schweigen beenden - vom 12.10.07

Ein verlorener Tag für den Untersuchungsausschuss - Regierungsfractionen machen ihre Hausaufgaben nicht - vom 11.10.07

http://www.linksfraktion.de/mdb_neskovic_pressemitteilungen.php

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de

Glückwunsch an Doris Lessing zum Literatur-Nobelpreis - vom 11.10.07

Percy Schmeisers Mut gegen Monsanto wird belohnt - vom 5.10.07

Glückwunsch an Fußballerinnen zum WM-Titel - vom 30.9.07

http://www.linksfraktion.de/mdb_tackmann_pressemitteilungen.php

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.



78 % merken nichts vom Aufschwung

„Wir können die Bevölkerung nicht mit den Problemen von zwei Herren belästigen“, kritisiert Gregor Gysi in der Aktuellen Stunde und appelliert an Franz Müntefering: "Sie haben das zu lösen - und zwar im Interesse der Arbeitslosen." Münteferings These vom Erfolg von Hartz IV beim Abbau der Arbeitslosigkeit sei falsch, so Gregor Gysi.



Agenda 2010 gehört auf den Müllhaufen der Geschichte

„Die aktuelle Diskussion über eine mögliche Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I bei Älteren geht völlig an der eigentlichen Problematik vorbei“, so Volker Schneider in der Debatte um die Zukunft der betrieblichen Altersvorsorge. „Die Agenda 2010, die Rente mit 67 und der damit verbundene massive Sozialabbau werden nicht gerechter, wenn man älteren Menschen ein paar Monate länger ALG I zahlt oder versucht, die übelsten Härten der Rente mit 67 etwas abzufedern. Man kann diese Konzepte nicht korrigieren oder verbessern, und deshalb muss man sie abschaffen.“

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1329977270>



Bleiberecht ist Menschenrecht

Der Bundestag stimmte am 11.10. über einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab, der sich für ein leicht zugängliches und dauerhaft gültiges Bleiberecht in Deutschland einsetzt. „Dafür ist eine Reform des humanitären Aufenthaltsrechts notwendig. Die nun in Kraft getretene gesetzliche Altfallregelung ist hingegen ungenügend und von der SPD mit Zugeständnissen erkaufte worden, die die Lage der Migrantinnen und Migranten noch weiter verschlechtert hat.“, so Ulla Jelpke für DIE LINKE.

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1350409368>

Weitere Reden der Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg vor dem Plenum:

Kirsten Tackmann zur Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (11.10.07)

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1352095654>

Kirsten Tackmann zum Schutz der biologischen Vielfalt (11.10.07)

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1321415053>

Kirsten Tackmann in der Debatte zur häuslichen Gewalt gegen Frauen (12.10.07)

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1320704592>